



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

verhandelt werde. Berlin ging in diesen schweren Tagen der Entscheidung nach wie vor seinen Geschäften nach, und auch das Volk in den Provinzen ließ sich, wenn es auch mit Spannung den Nachrichten aus der Hauptstadt entgegen sah, in seinem täglichen Beruf nicht stören. Aber das ist keine Gleichgültigkeit für das politische Leben; denn Fürst Bismarck hat so sehr in das Schicksal der Welt wie der Staaten, der großen wie der kleinen, eingegriffen, daß die Zeit seit dem Tode Friedrichs des Großen kein zweites ähnliches Ereignis während der letzten hundert Jahre aufweist, wie seinen Rücktritt. Vielmehr bezeugt die Ruhe, womit das deutsche Volk den größten Staatsmann, den es gehabt hat, aus den Geschäften scheiden sieht, daß es vor der Zukunft keine Besorgnis hat. Diese Haltung beweist den tiefen monarchischen Sinn des deutschen Volkes, dem der Kaiser stets als das Höchste gilt, und diese Gesinnung ist endlich ein Zeugnis dafür, daß die Deutschen Vertrauen zu ihrem jungen Herrscher haben, und daß dieser es in der kurzen Zeit seiner Regierung schon verstanden hat, sich Liebe, Achtung und Hingebung zu erwerben. Nicht zum wenigsten haben die letzten Wochen dazu beigetragen, daß das Vertrauen zu Kaiser Wilhelm II. in immer weitere Kreise gedrungen ist. Sein hochherziges Eintreten für die Arbeiterwohlfahrt hat ihm schnell die Herzen der Menschen erobert; es wurde bekannt, daß er bei seinen Plänen einen mächtigen Widerstand zu überwinden hatte, aber je weiter sich dies zeigte, in umso hellerem Lichte strahlte der Kaiser. Das deutsche Volk hat deshalb ein Recht, auf seinen Kaiser zu vertrauen; es hat eine wohlbegründete Hoffnung, die nach Gottes Willen nicht zu Schanden werden wird.

So mag denn Fürst Bismarck nach einem beispiellos arbeitsreichen Leben noch viele Jahre der Ruhe genießen, unvergessen von der dankbaren Mitwelt und ein leuchtendes Bild für die kommenden Geschlechter. Das Glück aber, das ihm günstig gewesen ist, möge bei dem Kaiser und dem deutschen Volke zurückbleiben, die sich einig wissen in Vertrauen, Liebe und Hoffnung.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Bismarck vor der Reichstagsopposition geflüchtet. Seit acht Tagen zerbricht sich die Welt den Kopf mit der Frage, was wohl der Grund oder die Gründe seien, die den Fürsten Bismarck bewogen haben, seine Entlassung aus seinen Stellungen als Reichskanzler, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen beim Kaiser zu erbitten, und die Presse des In- und des Auslandes hat mit ihrer geübten Divinationskunst, die schon oft Wunderdinge geleistet hat, auch bei dieser Gelegenheit mit ihrem Lichte ganz erstaunliche Entdeckungen gemacht. Wir finden es nicht nötig, alle die irrigen und zum Teil sinnlosen Vermutungen zu widerlegen,

die man in der Sache aufgestellt und dem verehrlichen Publikum zum Morgenkaffee oder Abendstoppchen vorgefetzt hat, sondern wollen uns vorläufig mit einem kurzen Blick auf die abgeschmackteste begnügen, der wir namentlich in englischen Zeitungen begegnen, und die, wie aus Zuschriften mit Anfragen und Vorwürfen hervorgeht, auch in hohen Privatkreisen spukt, die sonst genauere Kenntnis der Personen und Dinge und ein verständigeres Urteil zu besitzen pflegen. Die betreffende Vermutung, die zuweilen mit der Bestimmtheit einer Überzeugung austritt, geht kurz dahin, Fürst Bismarck habe sich von seinem Posten zurückgezogen, den Kaiser im Stiche gelassen u. s. w., weil er gefährliche Krisen herankommen sehe, insbesondere, weil er keine Hoffnung habe, mit der starken Opposition fertig zu werden, die durch die letzten Wahlen in den neuen Reichstag gekommen ist. Der Fürst hatte also Furcht vor den Herren Parlamentariern, vor Windthorst, Richter, Liebknecht und andern Püßtrichen vom geraden und krummen Horn, und er wurde deshalb gewissermaßen fahnenflüchtig. Wer die Ansicht des Fürsten vom Parlamentarismus und seinen wundervollen Wesinnungsgebattertschaften, die er nie verhehlt hat, seinen Charakter und seine Treue gegen seine königlichen Herren auch nur ganz oberflächlich kennt, wer sich die Geschichte des großen Konflikts vor 1866 und der oppositionellen Mehrheit von damals, die weit stärker als die jetzigen Regierungsgegner war, vergegenwärtigt und die spätern harten Kämpfe Bismarcks mit widerhaarigen Reichstagen ins Auge faßt, wird das ungewöhnlich sinnlos nennen müssen. Es ist aber auch thatsächlich unwahr. Der Kanzler gedachte ursprünglich bis zum Sommer in seinen Stellungen zu verbleiben, er erklärte sich bereit, den Kampf mit dem Reichstage aufzunehmen und auszusechten. Es wurde ihm aber nicht vergönnt. Näheres über die Gründe des Rücktrittes — wir meinen die letzten und eigentlichen Gründe — zu sagen, wäre verfrüht.

Damit wollen wir keineswegs einem Artikel der „Post“ vom 24. d. Mts. beipflichten, worin gesagt wird, man leiste mit Erörterung des Rücktrittes Bismarcks und Nichtigstellung von irrigen Vermutungen in der Angelegenheit dem scheidenden Kanzler den schlechtesten Dienst, weil das nur Wasser auf die Mühle seiner Gegner, insbesondere der Freisinnigen sei. Äußerste Zurückhaltung sei gegenwärtig geradezu patriotische Pflicht. Wir bemerken dazu: den Freisinnigen gegenüber kann die Stellung des Fürsten nicht verschlechtert werden, sie sind seine gehässigen Gegner und werden es bleiben. Nicht der schlechteste, sondern der beste Dienst wird ihm geleistet, wenn die Frage: war der Rücktritt ein freiwilliger oder ein unfreiwilliger? mit den Worten: ein unfreiwilliger beantwortet wird. Patriotische Pflicht endlich ist jetzt so wenig wie sonst äußerste Zurückhaltung, zu deutsch Verschweigen, Verhüllen, Vertuschen, sondern Klarstellung der Wahrheit, soweit es die Sache bis auf weiteres zuläßt.

Die Parteien in Hannover. Wenn man an den Jubel der Kaisertage vom vorigen Herbst und die vielen kaiserlichen Auszeichnungen, die in Folge jener Tage Stadt und Land Hannover zu teil geworden sind, zurückdenkt, so hätte man glauben sollen, daß die letzten Reichstagswahlen eine überwiegende Zahl regierungsfreundlicher, also nach der bisher zu Tage getretenen Anschauung nationalliberaler Abgeordneten ergeben hätten. Statt dessen ist das gerade Gegenteil geschehen: unter den neunzehn Abgeordneten der Provinz sind zwölf Ultramontane und Welsen, ein Sozialdemokrat, ein Fortschrittsmann und nur fünf Nationalliberale, fast genau wieder wie bei der Wahl von 1884, wo nur der Unterschied war, daß statt fünf Nationalliberalen und einem Fortschrittsmanne sechs Nationalliberale gewählt waren, während die Septennatswahlen von 1887 neben einem Sozialdemokraten und nur

sieben Ultramontanen und Welsen einen Freikonservativen und zehn Nationalliberale in den Reichstag entsandt hatten. Woher kommt dieser Umschwung? Liegt nur Verhezung zu Grunde, haben die Hannoveraner so wenig Nationalgefühl, oder haben wir eine dritte Ursache anzunehmen?

Es kann nicht geleugnet werden, daß an Verhezungen geleistet worden ist, was möglich war. Nicht nur die sozialdemokratische, auch die ultramontane Presse und Parteileitung hat sich vielfach in geradezu demagogischer Weise an das Volk gewandt, und das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen erklärt sich mit als eine Folge dieser welfisch-ultramontan-demagogischen Hezereien, aber es geschah auch, wie die amtlich festgestellten Zahlen erweisen, zum Teil auf Kosten der welfisch-ultramontanen Stimmen; konnte doch selbst Windthorst in seinem angestammten Wahlkreise nur 17306 Stimmen erhalten, während er vor drei Jahren 18023 erhielt. Aber diese Hezereien würden es allein nicht vermocht haben, da der Hannoveraner, wie er nicht nur in den Kaisertagen gezeigt hat, ein reges Nationalgefühl und treue Anhänglichkeit an das Haus der Hohenzollern besitzt. Es ist eine Thorheit, zu behaupten, daß alles, was die Nationalliberalen unter dem Namen Welsen zusammenfassen, wirklich, wie man ihnen stellenweise recht geschmacklos und ungeschickt vorwarf, auf die Zertrümmerung des deutschen Reiches und der preussischen Monarchie insbesondre hinarbeite. Derartige unbegründete Vorwürfe haben der nationalliberalen Agitation ganz entschieden geschadet, indem sie ihr die Stimmen vieler Wähler abwendig machten, die dergleichen nicht durch ihre Stimmabgabe unterstützen wollten. Gewiß denkt mancher alte Hannoveraner nicht bloß in den Kreisen des frühern Hofadels oder der Geschäftsleute der Residenz mit Liebe an die frühern Zeiten zurück und kann sich nicht auf den Boden des Nationalliberalismus, der Fortsetzung der frühern hannoverschen Opposition verlassen. Da ihm ein andrer Boden fehlt, auf dem er seine Teilnahme am öffentlichen Leben bethätigen kann, so bleibt ihm nichts weiter übrig, als für einen „Deutschhannoveraner“ zu stimmen, von dem er weiß, daß dieser nichts direkt gegen Kaiser und Reich, gegen König und Vaterland unternehmen, daß er aber möglichst die in Hannover althergebrachten Anschauungen vertreten wird. Dies trifft z. B. bei vielen Landleuten zu, die es bis zur Stunde nicht begreifen, weshalb man ihnen jetzt zumutet, die im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes so notwendige Geschlossenheit ihres Grundbesitzes erst durch Eintragung in die Höferolle zu bewirken, während sich diese Geschlossenheit früher von selbst verstand, also höchstens, wo sie noch nicht bestand, eine Bestimmung am Platze gewesen wäre, wonach der Hofbesitzer die Möglichkeit erhielt, im Notfall die Geschlossenheit des Gutes aufzuheben. Ähnliche Beispiele von Mißstimmung durch zweck- und grundlosen Bruch mit guten Bestimmungen der alten Zeit ließen sich noch mehr anführen. Daß es auch unter der welfisch-ultramontanen Partei Leute fortgeschrittener Richtung giebt, die weitergehende Absichten haben, und daß es daher eine gewisse Gefahr in sich birgt, wenn eine starke Partei mit solchen Elementen unter sich besteht, von denen sie wohl auch einmal zu unüberlegten Schritten fortgerissen werden kann, wird niemand leugnen, und das führt zur Beantwortung der weitem oben aufgestellten Frage, ob wir für den Ausfall der Wahlen in Hannover nicht eine dritte Ursache anzunehmen haben.

Wir haben bereits früher in diesen Blättern (1885, Band IV, Seite 301) darauf hingewiesen, daß die nationalliberale Partei dem Hannoveraner im großen und ganzen nicht zum Ausdruck seiner politischen Meinung genüge, und haben damals vielen Widerspruch gefunden, die Richtigkeit unsrer damaligen Darstellung ist aber durch die letzten Wahlen aufs neue bestätigt worden. Man rühmt sich

zwar bei den Nationalliberalen, daß am 20. Februar in der Provinz 121677 nationalliberale Stimmen abgegeben worden seien; setzt man aber dagegen die gleichfalls an jenem Tage abgegebenen 129685 welfisch-ultramontanen, 72271 sozialdemokratischen, 29474 freisinnigen, 7516 freikonservativen und 1417 zerplitterten Stimmen, so erhält man 240363, also fast doppelt so viel Gegnerstimmen, eine Zahl, die noch bedeutend höher erscheint, wenn man die Stimmen der Konservativen, die sich aus Abneigung gegen den Nationalliberalismus, allerdings unpolitischer Weise, der Abstimmung enthalten haben, in Anschlag bringt. Dazu sind aber die als nationalliberal bezeichneten Stimmen nur als die für die nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen anzusehen und da müssen wir eine große Zahl Stimmen konservativer und freikonservativer Wähler, die aus Patriotismus, wenn auch nicht immer leichten Herzens dem Kartell getreu für den von den Nationalliberalen als den Besitzern des Wahlkreises aufgestellten Kandidaten gestimmt haben, wieder in Abzug bringen. Dann sehen wir aber, daß die Nationalliberalen in Wahrheit nichts weniger mehr als die herrschende Partei in Hannover sind. Konnte doch selbst ein Mann wie der Oberpräsident von Bismarck nur auf dem Wege der Stichwahl in den Reichstag gelangen! Es ist eine Neubildung der Parteiverhältnisse erforderlich, und die kann in befriedigender Weise nur von konservativen Gesichtspunkten ausgehen und muß sich frei von doktrinärem Voreingenommenheit auf den Boden der Thatfachen stellen. Daß die von Hannover aus versuchte konservative Agitation im Sinne der Kreuzzeitungspartei keinen Erfolg hatte, ist durch die Thatfachen bewiesen; aber es giebt ja auch noch Konservative anderer Schattirungen, die sich auch hin und wieder zu Vereinen zusammengeschlossen haben; diese haben vielfach nahe Fühlung mit althannoverschen Konservativen, ja sie zählen solche als Vereinsgenossen zu sich. Nur von dieser Richtung aus kann unter Anlehnung an den des Doktrinarismus abholden Flügel der Nationalliberalen eine neue Belebung unsers Parteiwesens in fruchtbringender Weise erreicht werden. Paßt keiner der bestehenden Parteienamen mehr, so muß man eben einen neuen annehmen, z. B. den der reichstreuen Hannoveraner oder was sonst; im Land- und Reichstag wird die Partei ihre Anlehnung schon finden. Möchten endlich in dieser Richtung Schritte geschehen, ehe noch mehr Personen, die gern die Hand zur Mitarbeit fürs Vaterland bieten, in falsche Bahnen, die ihnen selbst nicht gefallen, gedrängt werden!

Die Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen. Wenn auch die öffentliche Meinung in Deutschland zur Stunde noch beherrscht ist durch das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen, das düstere Schatten auf die nächste parlamentarische Zukunft wirft, so dürften doch auch die Wahlvorgänge im Reichslande einen bescheidnen Raum für die Aufmerksamkeit Deutschlands beanspruchen, weil aus dem Reichslande der nationalen Sache eine ganz unerwartete Hilfe erwachsen ist, und weil dieses örtliche Ergebnis sich vollzogen hat, ohne daß die Parteibewegung in Altdeutschland in das Reichsland mit besonderm Erfolge eingegriffen hätte, vielmehr die alten nationalen Gegensätze dort ihre Kräfte maßen. Selbst da, wo ein Zusammenhang mit der Bewegung in Altdeutschland vermutet werden könnte, im ultramontanen und im sozialdemokratischen Lager, haben sich die Erscheinungen in ganz eigenartiger Weise gebildet. Von der durch die Katholikentage in Freiburg und Trier eingeleiteten Bewegung für den Anschluß der ecclesia militans des Reichslandes an das Zentrum hatte man sichern Erfolg schon damals erwartet, als in der Zwischenwahl zu Metz der Erzpriester Delles gewählt worden war; ebenso

wenig wie dieser Abgeordnete dem Zentrum beigetreten ist, ebenso wenig haben die drei neugewählten lothringischen Amtsbrüder eine solche Absicht ausgesprochen. Die deutschen Sozialisten sind in zwei Wahlkreisen aufgetreten, in Straßburg und in Müllhausen, abgesehen von einigen kleinen Minderheiten; in Straßburg haben die Protestler, denen der Mut fehlte, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wie sie es doch seit 1874 bei jeder Wahl gethan hatten, ihre Stimmen dem deutschen Sozialisten Bebel gegeben, und sie sind mit den Sozialisten dem nationalliberalen einheimischen Bewerber, Dr. Petri, der schon bei der Zwischenwahl gesiegt hatte, unterlegen; in Müllhausen dagegen, wo die Sozialisten von der Schweiz und von Mannheim aus sich der Wahlbewegung angenommen hatten, ist ihr Kandidat, Schreiner Hinkel, im Wahlkampfe mit einem durch die katholische Geistlichkeit unterstützten Protestler siegreich geblieben.

In den übrigen unserer fünfzehn Wahlkreise hat sich lediglich der nationale Gegensatz zwischen den Protestlern und den Deutschgesinnten oder Gemäßigten abgespielt. Das Programm der Autonomie des Reichslandes kam gar nicht recht zum Vorschein. Überhaupt fehlte bei der letzten Wahl jedes die Menge fortreisende Schlagwort; die Programme waren in den meisten Wahlkreisen von abschreckender Nüchternheit. In einem oberelsässischen Wahlkreise beschränkte sich ein katholischer Priester darauf, den Wählern zu sagen, daß er, wenn sie ihn wieder wählen sollten, fünf und nicht drei Jahre lang ihr Vertreter sein würde!

Die französische Presse hatte, als die Wahl ausgeschrieben war, die felsenfeste Zuversicht ausgesprochen, daß die früheren Vertreter wieder gewählt werden würden, daß aber Straßburg die Charte auswegen werde, die der Patriotismus der Stadt durch die Zwischenwahl erlitten habe, als der adriinnige Dr. Petri an Stelle des verstorbenen Kable gewählt wurde. Im übrigen wurde die Agitation in der Presse mit größter Nachlässigkeit betrieben. Nur der Alsacien-Lorraine brachte einen siedendheißen Wahlaufruf, der auch in Sonderabdrücken ins Land ging.

Sehr beachtenswert war die Haltung der Behörden im Lande. Die Kreisdirektoren, von allen Seiten um die Meinung der Regierung angegangen, bewahrten völlige Zurückhaltung, wie auch schon geraume Zeit vor der Wahl die offiziellen Auslassungen stets betont hatten, daß die Regierung keinen Wert auf den Ausfall der Wahlen lege. Die 1887 gemachten Erfahrungen hatten die Regierung wohl bestimmt, diese kluge und vorsichtige Haltung einzunehmen.

Der geringen Einwirkung der deutschen Parteibewegung, andererseits der Lässigkeit der französischen Presse, aus der wohl auf eine geringe Teilnahme der französischen Zuschauer geschlossen werden kann, endlich der Enthaltensamkeit der deutschen Regierung entsprach auch die geringe Wahlbewegung.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen ist 1890 gegen 1887 von 262 000 auf 191 000 zurückgegangen, oder in Prozenten der eingeschriebenen Wähler von 83.3 auf 60.4, in Lothringen von 81.1 auf 53.2; in mehreren Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent gesunken. Die Stimmen für die Gewählten, die Majoritätsziffern, waren von 208 000 auf 154 000 zurückgegangen, in Prozent der eingeschriebenen Wähler von 66.2 auf 48.7.

Gegenüber der von der französischen Presse ausgesprochenen Erwartung, daß die früheren Vertreter wieder aus der Wahl hervorgehen würden, und daß Straßburg insbesondere den Abfall vom Protest bei der Zwischenwahl wieder gut machen würde, hat sich das Wahlergebnis recht eigentümlich gestaltet. Von den 1887 gewählten Vertretern waren der von Straßburg durch Tod, der von Meß durch Auswanderung abgegangen, und die bei den Zwischenwahlen gewählten Abgeordneten

dieser beiden Hauptstädte sind wiedergewählt worden; entsagt haben ausdrücklich die drei lothringischen Abgeordneten Germain, von Wendel und Jaunez, sowie die bisherigen Vertreter von Müllhausen, Straßburg (Land) und Zabern. Wiedergewählt wurden die drei Pfarrer aus dem Oberelsaß, Gerber, Simonis und Winterer, und die mehr ultramontan als protestantisch gesinnten Vertreter von Colmar (N. Grad) und von Schlettstadt (S. Lang), dazu noch der Vertreter für den Wahlkreis Hagenua-Weißenburg, Freiherr von Dietrich; in Müllhausen aber wurde zur allgemeinen Überraschung der Protestler wie der mit ihnen verbündeten Ultramontanen — ein Sozialist gewählt. Die frühern Vertreter des Protestes sind also nur in sechs von fünfzehn Wahlkreisen wiedergewählt worden, und zwar Lang und von Dietrich nach einer vollständigen Verwässerung des Protestprogrammes, der politische Proteus Grad aber, obwohl er bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichstage den Standpunkt des Protestes verlassen und die Reichsregierung in anerkennenswerter Weise unterstützt hatte. Wenn wir es also genau nehmen, so sind von den frühern fünfzehn Protestabgeordneten ohne Änderung, sei es des Programmes selbst, sei es der Stellungnahme, nur die drei Pfarrer im Oberelsaß, Gerber, Simonis und Winterer, wiedergewählt worden, wobei zu bemerken ist, daß die vier Pfarrer aus Lothringen — sieben sind es im ganzen, man nennt die Gesellschaft bereits das große Seminar — der Welt zwar nicht das Schauspiel eines Zwiespaltes unter den Vertretern der römischen Kirche bieten, bei jeder passenden Gelegenheit aber mit dem Zentrum gegen die Regierung stimmen werden.

Das Endergebnis der Reichstagswahlen war eine unmöglich abzuleugnende Niederlage des Protestes und der französischen Bestrebungen. Wo der Protest offen auftrat, ist er unterlegen; wo die frühern Protestler sich zurückzogen, sind sie teils durch katholische Geistliche, teils durch Freunde Deutschlands ersetzt worden; die wiedergewählten Abgeordneten verdanken die Wiederwahl der Soutane oder einer klugen Abschwächung des Programmes. Wenn nun auch zugestanden werden muß, daß im Reichslande — französischer Gewöhnung und einem seit 1874 unbestrittenen Besitze entsprechend — vielfach nicht das Wahlprogramm, sondern die Persönlichkeit für das Wahlergebnis entscheidend ist, so muß doch daran festgehalten werden, daß, während 1887 unter dem Schlagtrufe des Protestes fünfzehn Sitze erobert worden waren, 1890 der offene Protest nicht einen Sitz erhalten hat, die sechs wiedergewählten Abgeordneten dagegen vielleicht ihren Persönlichkeiten, sicher aber nicht ihren Programmen die Wiederwahl verdanken. Soweit sich der Protest nicht überhaupt verkrochen hat, ist er nur verkappt aufgetreten. Diese Erscheinung ist aus zwei Gründen zu erklären. Einerseits hatten die Wähler den Ernst der Lage begriffen und insbesondere sich gegen die Folgerungen, die Deutschland aus offenen Protestwahlen etwa ziehen würde, zu wehren gesucht, und die lothringischen Abgeordneten z. B. haben ausdrücklich ihren Rücktritt damit erklärt, daß sie die Verantwortung für den Paßzwang u. s. w. nicht länger tragen wollen, andererseits hatte sich unter den Wählern unverkennbar eine gewisse Müdigkeit geltend gemacht und die Aussichtslosigkeit fortgesetzter Protestwahlen hatte die Wähler teils zur Wahl anderer Persönlichkeiten, teils zur völligen Wahlenthaltung bestimmt. Diese Aussichtslosigkeit entsprach aber nicht nur der seit drei Jahren erprobten Erfahrung, daß die deutsche Regierung fest entschlossen schien, den Standpunkt rücksichtsloser Abwehr fremder Einmischungen zu behaupten, sondern ganz besonders auch den Enttäuschungen, die Frankreich bereitet hatte, das bei jeder Reichstagswahl ein Plebiszit für Frankreich und das Selbstbestimmungsrecht des Landes, eine Huldigung für das republikanische Mutterland verlangte, selbst

aber nicht einmal sich mächtig genug erwies, die unter befreundeten Nachbarvölkern ungewöhnliche Maßregel des Paßzwanges auf diplomatischem Wege zu beseitigen. Man hatte genug an der Rolle der Tiere aus der Fabel, die immer wieder die Kastanien aus der heißen Asche holen sollten. Wir können die deutsche Regierung nur beglückwünschen, daß sie bei den letzten Wahlen durch ihr Verhalten den Wählern deutlich gemacht hat, daß ihr der Ausfall der Wahlen ganz und gar gleichgiltig sei; nicht so gleichgiltig aber hätten die deutschgesinnten Wähler sich verhalten sollen, in mehreren Wahlkreisen würde die Aufstellung deutschgesinnter Gegner vielleicht zu einem Erfolge geführt haben. Doch können wir uns mit dem Ergebnis begnügen, daß das Reichsland, während die nationalgesinnten Parteien im Reiche so starke Einbuße erlitten haben, vier deutschgesinnte Abgeordnete in den Reichstag entsendet!

Das besondere Merkmal der letzten Wahl war die Wahlenthaltung auf beiden Seiten. Die Ultramontanen und Protestler, die wir zu einer Partei zusammenzuzählen durch die Wahlvorgänge wohl befugt sind, hatten in zwölf Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, in Straßburg (Stadt) mit den Sozialisten gestimmt und nur die beiden Wahlkreise Straßburg (Land) und Zabern, in denen das evangelische Bekenntnis am stärksten vertreten ist, sich selbst überlassen; in den drei letztgenannten Wahlkreisen, außerdem in Erstein=Molsheim, wo der Protest nur ein Zehntel der 1887 gewonnenen Stimmen wieder erhielt, hatten die Deutschgesinnten und Autonomisten Kandidaten aufgestellt, dagegen haben sie in acht Wahlkreisen sich der Abstimmung ganz enthalten, während in drei weiteren Wahlkreisen deutschgesinnte Minderheiten ohne Führung und Leitung ansehnliche Stimmzahlen für einen oder für mehrere Gesinnungsgenossen abgaben. Die vereinigten Ultramontanen und verkappten Protestler gewannen zehn von den zwölf beanspruchten Sitzen, einen verloren sie an die Sozialisten, einen an die deutsche Partei, die außerdem drei weitere Sitze gewonnen hat.

Wie weit die Teilnahmslosigkeit bei den Wahlen vorherrschte und welchen Umfang die Wahlenthaltung gewonnen hatte, sehen wir aus folgenden Ziffern. Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel für die Gewählten sowohl wie für die in der Minderheit gebliebenen betrug nach der Parteirichtung:

	1887	1890
1. Für Protestler und Ultramontane . . . . .	208399	100720
2. Für Autonomisten und Deutschgesinnte . . . . .	43993	60827
3. Für Sozialisten . . . . .	673	15355
Im ganzen:	253065	176902

Wenn wir aber nur die Stimmen der Gewählten zählen, erhalten wir folgendes Bild:

	1887	1890
1. Protestler und Ultramontane . . . . .	208333	92190
2. Autonomisten und Deutschgesinnte . . . . .	—	52373
3. Sozialisten . . . . .	—	9749
	208333	154312

Bemerken wir noch dazu, daß die Autonomisten und die Deutschgesinnten in elf Wahlkreisen sich überhaupt der Wahl enthalten oder wild gewählt haben, die Protestler und Ultramontanen sich aber 1890 nur im Wahlkreise Straßburg (Land) der Abstimmung ganz enthalten haben, so wird die Niederlage des Protestes und der Rückgang der ganzen französischen Bewegung recht deutlich sichtbar.

Einige besonders lehrreiche Wahlvorgänge mögen hier noch erwähnt werden. In Mülhausen, dessen früherer Vertreter im Reichstage, H. Dollfus, der Begründer

der *cité ouvrière*, einst stolz erklärt hatte, daß es im Elsaß keine Sozialisten gebe, ist der erste Sozialist gewählt worden, der bisher überhaupt aus dem Reichslande in den Reichstag entsendet worden ist. Die Verblüffung über dieses ungeahnte Ergebnis war bei den Protestlern nicht geringer als bei den Ultramontanen. Mit hochmütiger Nachlässigkeit und Zuversicht hatte der Kandidat des Protestes, für den die katholische Geistlichkeit eintrat, sich darauf beschränkt, zu erklären, daß das Komitee von 1887 seine Kandidatur empfehle, in dem festen Vertrauen, daß dieses Schlagwort genügen müsse, die Wahl zu sichern. Es kam aber ganz anders, und die Enttäuschung über das Ergebnis war so groß, daß zu dem gewählten Abgeordneten, dem Schreinermeister Hinkel, eiligst ein Interviewer geschickt wurde, der in dem neuen Vertreter einen biedern, von jeder sozialistischen Arglist freien Arbeiterfreund entdeckte, der nur das Wohl seiner Mitbrüder durch Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse anstrebe. Und doch war dieser farblose Sozialist nicht nur durch einen Parteigenossen, Advokat Gutstein aus Karlsruhe, eingeführt und aus Mannheim unterstützt worden, sondern er ist auch seitdem von den Sozialdemokraten den Anhängern beigezählt worden, und ist — kurz und gut — Sozialdemokrat ohne besondere nationale Färbung. Dieses Wahlergebnis ist nicht durchaus als ein überraschender Zufall, sondern viel ernster zu betrachten. Schon im Frühjahr 1870 bestand in Mülhausen eine Sektion der Internationale, die zur *fédération* von Marseille gehörte. Der Krieg mit seinen Folgen, die Optionsbewegung, der Wegzug vieler Arbeiter, die in die französischen Filialen der Fabriken zogen, das alles brachte Störung in die Sache; der schweizerische „Grütliverein“ und später die Mannheimer haben wieder Richtung in die Bewegung gebracht. Die Abneigung gegen die Fabrikherren und die Unlust an der Heerfolge für die katholische Geistlichkeit haben den Wählern in der Stadt Anhang aus den Dörfern zugeführt, und heute ist der Wahlkreis Mülhausen, von dem man immer gepriesen hatte, daß die menschenfreundlichen Gründungen der Fabrikherren eine gewisse örtliche Immunität gesichert hätten, durch einen Sozialdemokraten vertreten! Der Teufel ist, wenn er nicht schon drinnen sein sollte, wenigstens an die Wand gemalt; was hilft es da, darüber zu klügeln, daß die Wähler gar nicht der Meinung waren, einen Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken? Bedeutsamer scheint uns der Umstand zu sein, daß im Wahlkreise Mülhausen, der doch bisher die Hochburg des Protestes gewesen ist, die Protestler nicht einmal mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit den Sieg erringen konnten.

Besonders beachtenswert waren die Wahlvorgänge in Lothringen. Der Protestabgeordnete für Metz war des Landes verwiesen worden und dann ausgewandert; sein Nachfolger war bei der Zwischenwahl ein katholischer Priester geworden. Die drei übrigen Protestabgeordneten des Bezirkes verzichteten in einer gemeinschaftlichen Erklärung auf Wiederwahl, indem sie erklärten, die Verantwortlichkeit für die strengern Maßregeln der Regierung nicht weiter tragen zu können, und empfahlen den Wählern drei bisher kaum dem Namen nach bekannte katholische Priester als Nachfolger; die katholischen Blätter in Metz erklärten hierauf, daß diese Priester die ihnen angebotenen Mandate, wenn auch nicht mit sorgenfreiem Herzen, annehmen müßten, weil aus dem Laienstande geeignete Vertreter gar nicht aufgetrieben werden könnten. Trotz dieser Beschimpfung haben die Wähler ohne erheblichen Widerspruch, allerdings unter sehr geringer Beteiligung, die Schützlinge der abgehenden Protestler gewählt; nur im Wahlkreise Forbach-Saargemünd erhielt ein Gegenkandidat die ansehnliche Stimmenzahl von 3800; es war dies ein einfacher Bergmann, der sich auf den Standpunkt des kaiserlichen Arbeitsprogramms gestellt

hatte. Es wird uns von glaubwürdiger Seite versichert, daß die Stimmung der Wähler für den Erzpriester in Saargemünd so flau gewesen sei, daß es den deutschgesinnten Wählern, wenn einige Bewegung in die Sache gebracht worden wäre, mit einiger Anstrengung hätte gelingen können, den deutschgesinnten kaisertreuen Bergmann in den Reichstag zu befördern. In den beiden Wahlkreisen Schlettstadt und Hagenau-Weißenburg haben, wie schon erwähnt, die beiden ausschließenden Protestabgeordneten ihre früher aufgestellten Programme so weit gemildert, daß sich jeder Autonomist damit hätte zufrieden geben können, und zwar geschah dies auf Drängen einheimischer Wähler hin, die vorstellten, daß Protestprogramme in den Dörfern nicht mehr zögen, und daß damit nichts mehr auszurichten sei. Der mit geringer Stimmenzahl gewählte Vertreter von Hagenau-Weißenburg, Freiherr von Dietrich, Besitzer großer Eisenwerke, hielt es sogar, um sich bei seinen Wählern besser einzuführen, für nötig, im Wahlauftrufe zu erklären, er habe dem kaiserlichen Statthalter ausdrücklich die Versicherung gegeben, daß er nicht grundsätzlich der Regierung Opposition machen wolle. Dabei verschwieg er aber den Wählern, daß er die Antwort erhalten hatte, eine solche Versicherung genüge nicht, den politischen Standpunkt zu kennzeichnen. Die Wähler sollten eben glauben, daß ihr Vertreter seinen kleinen Sonderfrieden mit dem deutschen Reiche geschlossen habe; sonst würden sie die Heerfolge verweigert haben. Wie sehr der Protest bei den Wählern an Kredit verloren hatte, das hat sich im Wahlkreise Erstein-Molsheim besonders gezeigt, wo die Bauern mit dem Eifer von Neubekehrten gegen den frühern Vertreter sich erhoben.

Aus verschiedenen Wahlkreisen hören wir von wohlunterrichteten Leuten, daß die Niederlage des Protestes der natürliche Rückschlag der übertriebenen Wahlbewegung von 1887 gewesen sei. Damals glaubten die Leute an einen unmittelbar bevorstehenden Krieg und zweifelten auch nicht an dem Siege der französischen Waffen, der mit solcher Zuversicht verkündet worden war. Seitdem sind drei Jahre ins Land gegangen, und die Franzosen kamen nicht: Boulanger aber, der Mann der Rache, ist gestürzt. Jetzt glaubt man nicht mehr an die Kriegsgefahr, und die Ankündigung der französischen Siege wird als leere Ruhmrederei nach Gebühr geschätzt. Man fürchtet nicht mehr die Wiederkehr der Franzosen, man fürchtet nicht mehr die angebrohte Vergeltung, die an den Abtrünnigen geübt werden soll, man ist dieser ewigen Aufregungen müde geworden, man will Ruhe haben im Lande. Die aber, die die Rückkehr der Franzosen wünschen und hoffen, haben Wasser in ihren Wein gegossen.

Es ist ein bedauerliches Verhängnis, daß die Abfindung mit der Vergangenheit und der Anschluß an die neue Ordnung der Dinge zeitlich zusammentrifft mit der Niederlage der Nationalliberalen in Altdeutschland und mit dem Beginn einer schweren nationalen Krise, in die wir durch die Wahlen vom 20. Februar gebracht worden sind.

### Zur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 2. Vierteljahr ihres 49. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 9 Mark. Wir bitten um schnelle Erneuerung des Abonnements.

Leipzig, im März 1890

Die Verlagshandlung

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig





